

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/009(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 09.10.2020	Ratssaal	15:00Uhr	16:10Uhr

Leitung:

Teilnehmer:

Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28. 08. 2020 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
Vorstellung der neuen Behindertenbeauftragten
- 5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Haushaltsplan 2021 - Stellenplan
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung

DS0421/20

6	Anträge	
6.1	Kontaktlose Armaturen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0136/20
6.1.1	Kontaktlose Armaturen BE: Oberbürgermeister	S0291/20
6.2	Allparteiliches Konfliktmanagement in Südost (AKiS) Fraktion DIE LINKE WV vom 19.06.2020	A0230/19
6.2.1	Allparteiliches Konfliktmanagement in Südost (AKiS) BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0519/19
6.3	Benennung nach Heinrich Apel Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0135/20
6.3.1	Benennung nach Heinrich Apel BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0272/20
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Dr. Lydia Hüskens

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Olaf Meister

Oliver Müller

Jens Rösler

Jenny Schulz

Andreas Schumann

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. Stadtrat Schuster

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 28. 08. 2020 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 28. 08. 2020 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Ausschusses genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

Hinweis: Die Stadträte Kumpf und Kohl, Fraktion AfD, treffen zur Sitzung ein.

Vorstellung der neuen Behindertenbeauftragten Frau Tanja Pasewald

Frau Pasewald spricht zuerst ihren Dank für das erteilte Vertrauen zur ihrer Benennung als Nachfolgerin für den ehemaligen Behindertenbeauftragten Herrn Pischner aus. Sie merkt an, aus eigener Erfahrung zu wissen was Inklusion bedeutet, auch im Alltag. Im Weiteren macht sie Ausführungen zu ihrer Person und ihrem beruflichen Werdegang sowie ihrem persönlichen Engagement für Menschen mit Behinderungen. Insbesondere legt sie dar, an die Arbeit von Herrn Pischner anknüpfen zu wollen, um die Inklusion in Magdeburg voranzubringen. Dafür bittet sie abschließend um Unterstützung des Stadtrates.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Haushaltsplan 2021 - Stellenplan Vorlage: DS0421/20

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz und die Fachdienstleiterin im Fachbereich 01 Frau Jeanvré teil.

Der Beigeordnete Herr Platz macht anhand einer PowerPoint-Präsentation Erläuterungen zur Stellenplanentwicklung und den Personalkosten. Dabei geht er auf die Personalstellenentwicklung seit 2002 und die Gründe für die Stellenerhöhung in den Dezernaten ein. Im Weiteren macht er Ausführungen zur Personalkostenentwicklung seit 2008 und merkt an, dass hier ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen ist. Hinsichtlich des Personalkostenanteils an den Gesamtaufwendungen seit 2010 führt er aus, dass sich dieser stets zwischen 21 % und 23 % bewegt und damit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 25 % liegt. Trotz steigender Personalkosten bewegt sich die Stadt damit im grünen Bereich.

Zur Personalkostenbedarfsplanung 2021 führt er aus, dass die tatsächlich eingestellten Mittel in Höhe von ca. 170 Mio Euro deutlich unter dem Bedarf von 194 Mio Euro liegen. Diese Berechnung suggeriere, dass alle Stellen von Januar bis Dezember besetzt seien. Dies ist jedoch nicht so. Ziel ist es, die Anzahl der unbesetzten Stellen zu reduzieren. Als Risiken für die Personalkostenbedarfsplanung benennt er die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung, Tarifierhöhungen für die Tarifbeschäftigten und die Besoldungserhöhung bei den Beamten. Speziell zu den Tarifierhöhungen macht er darauf aufmerksam, dass bereit 1 % Erhöhung rund 1,5 Mio Euro bedeute. Abschließend geht er umfassend auf den Zielkonflikt Personalkosteneinsparung und Stellenbesetzung ein und macht Ausführungen zum Personalkostenvergleich bei Mittelbereitstellungen zur Personalkostenentwicklung auf der Grundlage des Jahres 2002 ein.

Hinweis: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion und Stadträtin Dr. Hüskens, Fraktion CDU/FDP, treffen zur Sitzung ein.

In der sich anschließenden Diskussion nimmt Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, Bezug auf die Anzahl der offenen Stellen der Dezernate V und VI und wirft die Frage auf, ob hier Unterstützung benötigt wird oder es noch eine andere Strategie gibt.

Beantwortend verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass die Möglichkeiten hinsichtlich tariflicher Anreize begrenzt seien. Derzeit werde diskutiert, Mittel für zusätzliche Anreize z.B. für die Bereitstellung von E-Bikes auch für die private Nutzung, einzusetzen. Möglicherweise könne auch mit einem Nach-Corona-Effekte gerechnet werden, dass der öffentliche Dienst als sicherer Arbeitsplatz angesehen wird und mehr Bewerbungen eingehen. Dies könne möglicherweise mehr in der Marketingstrategie der Stadt herausgestellt werden.

Der Oberbürgermeister macht auf das Hauptproblem der großen Anzahl von Abgängen aufmerksam. Als schwierig erweise sich die interne Fluktuation, da bei internen Bewerbungen die dann freiwerdenden Stellen nachbesetzt werden müssen, z.B. bei Stellen im IT-Bereich oder Bauingenieuren. Insbesondere merkt er an, dass es jedoch genügend Bewerber gäbe.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, wirft die Frage nach möglichen Überlegungen der Verwaltung hinsichtlich mobiler Arbeit auf.

Hierzu verweist der Beigeordnete Herr Platz auf das seit 2012 bestehende Projekt „Telearbeit“, welches fortgeschrieben wurde. Er führt aus, dass mit dem Oberbürgermeister und dem Personalrat eine neue Dienstvereinbarung zum „Homeoffice“ verhandelt wurde, unter welchen Voraussetzungen die mobile Arbeit genehmigt wird. Derzeit wurden mit 267 Mitarbeiter*innen entsprechende Verträge geschlossen. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass Personal in gehobenen Positionen ihre Präsenz in der Verwaltung zeigen müssen. Bei Sachbearbeiter*innen betrage der Anteil der Arbeitszeit zu Hause nicht mehr als 60 %. Herr Platz legt dar, dass dieses Modell in den einzelnen Dezernaten gut angenommen wird.

Ergänzend führt der Oberbürgermeister aus, dass es zu dieser Thematik sicher noch Anpassungen geben wird. Als wichtig sieht er an, dass die Arbeit im Homeoffice durch die Vorgesetzten kontrollierbar ist und die zu erbringende Leistung nachgeprüft werden kann. Als nachteilig erweist sich jedoch eine Erhöhung von Kosten, da eine doppelte Arbeitsplatzausstattung erforderlich ist.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, spricht seinen Dank für die Präsentation aus. Auf seine Bitte, diese zur Verfügung gestellt zu bekommen, verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass diese Anlage zur Niederschrift wird.

Stadtrat Kohl vertritt die Auffassung, dass vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie der öffentliche Dienst Großes geleistet hat. Bezug nehmend auf die Forderung der Gewerkschaft Verdi für eine Vergütungserhöhung von 4,8 % und der Aussage, dass bereits eine 1 % Erhöhung Mehrkosten von 1,5 Mio Euro verursacht, bezeichnet er es als unschicklich, Arbeitsk Kampfmaßnahmen durchzuführen. Nach seiner Auffassung sollte die Gewerkschaft bei den zu führenden Verhandlungen entgegenkommender sein.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass die Verhandlungen von beiden Seiten scharf geführt werden. Er merkt an, dass, seit er Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg ist, eine über 50 %ige Steigerung der Gehälter zu verzeichnen ist. Er macht deutlich, dass für das Jahr 2021 bereits eine Finanzlücke in Höhe von 30 Mio Euro besteht, und das ohne Berücksichtigung von Tarifsteigerungen. Zudem werde von Verdi nicht nur mehr Geld gefordert, sondern auch eine Arbeitszeitverkürzung. Dies sei nicht mehr finanzierbar.

Der Oberbürgermeister vertritt die Auffassung, dass Stadt und Stadtrat nicht die Tarifpartner sind und hier politische Zurückhaltung geübt werden sollte. In diesem Zusammenhang informiert er über das Genehmigungsschreiben des Landesverwaltungsamtes zur Nachtragshaushaltssatzung der Landeshauptstadt, in welchem die Auflage zur Erstellung eines Konsolidierungskonzeptes erteilt wird.

Abschließend kündigt der Oberbürgermeister zur Thematik Digitalisierung an Schulen eine personelle Umstrukturierung in seinem Bereich an und begründet diese.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht auf die Ausführungen zur Dauer von Stellenbesetzungsverfahren ein. Er hinterfragt, was priorisierte Stellen sind und bittet um die Benennung eines Beispiels. Weiterhin wirft er die Frage auf, ob die durchschnittliche Anzahl von 187 Tagen für ein Besetzungsverfahren auch für diese priorisierten Stellen gilt.

Der Beigeordnete I macht darauf aufmerksam, dass die benannte Durchschnittsanzahl an Tagen im Einzelfall auch überschritten werden kann. Dabei handelt es sich um eine Anzahl, die mit dem Antrag auf Stellenbesetzung durch das jeweilige Ressort einsetzt. Als positives Beispiel benennt er dabei das Verfahren zur Neubesetzung des Leiters des Amtes 37.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass jeder Beigeordnete seine eigene Liste erstellt, welche Stellenbesetzung Priorität hat und leitet diese dem Beigeordneten Herrn Platz zur Abarbeitung zu.

In diesem Zusammenhang informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass für Vertretungen im Krankheitsfall auf den Pool der Initiativbewerbungen zurückgegriffen wird. Auch wurde für Stellenbesetzungen im Dezernat V eine Task Force eingerichtet. Insbesondere verweist er darauf, dass die Beigeordnete V selbst über den Einsatz des Personals entscheiden kann.

Im Ergebnis der geführten Diskussion stellt der Oberbürgermeister den Stellenplan zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, die Drucksache DS0421/20 (Stellenplan) in seiner Sitzung am 07. 12. 2020 zu beschließen.

6. Anträge

6.1. Kontaktlose Armaturen Vorlage: A0136/20

Der Oberbürgermeister informiert, dass der Antrag im BA KGM und den Ausschüssen GeSo und FG nicht zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, stellt klar, dass die kontaktlosen Armaturen nicht in allen städtischen Gebäuden verwendet werden sollen, sondern nur in Neubauten. Er kündigt an, das Anliegen zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu thematisieren.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0136/20 in seiner Sitzung am 05. 11. 2020 nicht zu beschließen.

6.1.1. Kontaktlose Armaturen Vorlage: S0291/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2. Allparteiliches Konfliktmanagement in Südost (AKiS)
Vorlage: A0230/19

Der Oberbürgermeister informiert, dass der Ausschuss KRB die Beschlussfassung des Antrages nicht empfiehlt, der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, zeigt sich über den vorliegenden Antrag verwundert. Eingehend auf die Problematik „Lesezeichen“ in Salbke verweist er darauf, dass bei Problemen mit randalierenden Jugendlichen die Polizei eingeschaltet werden kann. Er legt seine Auffassung zur Problematik Salbker See dar, dass, wenn der dort ansässige Verein nicht für Ordnung und Sauberkeit sorgen kann, hier keine Verpachtung mehr erfolgen sollte. Mit dem Hinweis, dass die Einrichtung eines Konfliktmanagements auch Geld kosten wird, signalisiert er seine Ablehnung zum Antrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0230/19 in seiner Sitzung am 05. 11. 2020 nicht zu beschließen.

6.2.1. Allparteiliches Konfliktmanagement in Südost (AKiS)
S0519/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. Benennung nach Heinrich Apel
Vorlage: A0135/20

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme, bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0135/20 in seiner Sitzung am 05. 11. 2020 zu beschließen.

6.3.1. Benennung nach Heinrich Apel
Vorlage: S0272/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin